

ZUR FRAGE DER WIRTSCHAFTLICHEN STAATS INTERVENTION

Über das gleichnamige Buch von Fritz Marbach ¹⁾

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zieht immer weitere Kreise. Der Optimismus um jeden Preis, der von den leitenden Stellen mit so großer Lautstärke gepredigt wird, findet angesichts der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Bevölkerung keine Resonanz mehr.

Die Ursache für diese Divergenz liegt, wenn wir von den weltpolitischen und den entsprechenden weltwirtschaftlichen Einflüssen einmal absehen, in dem Dogmatismus, der das Gesicht unserer Wirtschaftspolitik so nachhaltig prägt. Wirtschaftspolitik nach dogmatischen Grundsätzen zu treiben, ist immer ein gefährliches Beginnen. Auf längere Sicht kann es nur gelingen, wenn sich die tatsächlichen Verhältnisse zufällig in der gewünschten Richtung bewegen. Im anderen Falle — und um den handelt es sich fast immer — wird durch die dogmatischen Scheuklappen der Blick auf die Realität verengt. Der Gesamtzusammenhang wird nur mehr getrübt und verzerrt gesehen. Die Entscheidung über wirtschaftspolitische Maßnahmen orientiert sich an Wunschbildern und nicht an der jeweiligen Zweckmäßigkeit. In seinem Aufsatz „Dogmatismus — unser wirtschaftspolitisches Schicksal?“ hat Heinz-Dietrich *Ortlieb* vor einigen Monaten diese Probleme in umfassender und überzeugender Weise analysiert ²⁾. In einer weiteren Untersuchung hat Ernst Erich *Arndt* das neoliberale Dogma von der Unvereinbarkeit von Markt- und Planwirtschaft sowie die These von der kumulativen Wirkung planwirtschaftlicher Eingriffe einer eingehenden Kritik unterzogen ³⁾. Eine Reihe weiterer Autoren haben in dieser Zeitschrift und anderswo ebenfalls zu diesen Fragen Stellung genommen ⁴⁾. Alle diese Untersuchungen haben gezeigt, daß das neoliberale Ordnungsbild in seinen letzten Konsequenzen unlogisch ist, daß es zu einem unhaltbaren Dogma wird, wo es die wirtschaftliche Wirklichkeit mit realitätsblinden Maßstäben mißt. Nicht zuletzt ist es das Problem der wirtschaftspolitischen Intervention, das diese Inkonsequenz besonders deutlich macht. Die neoliberale Schule will nur die marktkonformen Eingriffe gelten lassen; die nicht-marktkonformen werden von ihr grundsätzlich abgelehnt. Aber schon die Verankerung der Wettbewerbsordnung in der Wirtschaftsverfassung erfordert so drastische Maßnahmen, daß dabei von Marktkonformität wohl kaum mehr die Rede sein kann, von der laufenden Kontrolle dieser Wettbewerbsordnung ganz zu schweigen.

Die Diskussion über alle diese Fragen hat nun durch das jüngst erschienene Buch des bekannten Schweizer Nationalökonomen *Fritz Marbach* „Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention“ neue Anregungen erfahren. Marbach, der als Professor der Nationalökonomie an der Universität Bern lehrt, ist es in erster Linie um eine Begriffs- und Standortsbestimmung des Interventionismus zu tun. Ist der Interventionismus, worunter hier also der wirtschaftspolitische Eingriff

1) Fritz Marbach, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention. A. Francke AG. Verlag, Bern o. J.

2) Gewerkschaftliche Monatshefte, 2. Jahrg., Heft 2 u. 3 (Febr. u. März 1951).

3) Ernst Erich Arndt, Zur Kritik der neoliberalen „Unvereinbarkeitslehre“. Gewerkschaftliche Monatshefte 2. Jahrg., Heft 2 (Febr. 1951).

4) Vgl. hierzu vor allem Hans Ritschl, Zur Kritik des Neoliberalismus. Gewerkschaftliche Monatshefte, 1. Jahrg., Heft 2 u. 3 (Febr. u. März 1958), und vom selben Verfasser, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 65 (1950), Heft 2.

schlechthin zu verstehen ist, ein eigenes Wirtschaftssystem oder nicht? Diese Frage steht im Mittelpunkt seines Werkes. Die Fragestellung selbst wie auch Marbachs Antwort darauf scheinen uns von so grundsätzlicher Bedeutung, daß sie eines näheren Eingehens wert sind.

Die Wirtschaftswissenschaft unterscheidet bekanntlich zwei mögliche Wirtschaftssysteme, die sie nach *Eucken* Verkehrswirtschaft und zentralgeleitete Wirtschaft nennt. Markt- und Planwirtschaft (oder Gemeinwirtschaft) sind nach Ansicht mancher Autoren bessere Bezeichnungen. Beide Systeme sind gewissermaßen chemisch reine Prinzipien, die in der Wirklichkeit nicht oder doch nur sehr selten vorkommen. Denn selbst in der Blütezeit des Liberalismus gab es gemeinwirtschaftliche Bereiche; auch die bisher in der Geschichte realisierten Formen von zentralgeleiteter Wirtschaft (in der Unterform der Zentralverwaltungswirtschaft) kannten Zonen ökonomischer Freiheit, ja sie mußten sie sogar zulassen, um die für das Funktionieren der Totalplanung erforderlichen psychologischen Antriebe nicht zu zerstören.

Den Zustand in der Wirklichkeit bezeichnet man daher nicht als Wirtschaftssystem, sondern als Wirtschaftsordnung. Als konkrete Gestaltung der jeweils wirtschaftenden Gesellschaft ist die Wirtschaftsordnung stets eine Mischung der beiden möglichen Systeme. Sie hat also, strukturell gesehen, immer einen dualistischen Charakter, wobei sich das Mischungsverhältnis der beiden Organisationsprinzipien in zahllosen Kombinationsmöglichkeiten niederschlagen kann. Hier liegt nun das eigentliche Betätigungsfeld des Interventionismus, während bei den Systemen, die sich auch als die monistischen Grenzsituationen auf der Skala der dualistischen Wirtschaftsordnungen kennzeichnen lassen, von Wirtschaftspolitik im gewöhnlich verstandenen Sinne nicht gesprochen werden kann. Mit Verkehrswirtschaft (oder Marktwirtschaft) als dem einen Grenzpunkt meint man in der Regel «ine staatsfreie Wirtschaft. In der Zentralverwaltungswirtschaft als dem anderen Grenzpunkt treten an die Stelle des Wirtschaftspolitikers der Bürokrat und der Statistiker.

Die neoliberalen Theoretiker rechnen alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen entweder zum einen oder zum anderen System. Trennungslinie ist das Kriterium der Marktkonformität. Der nicht-marktkonforme Eingriff führt nach ihrer Auffassung letztlich unabwendbar zu einer Zwangsordnung. Wie die deutschen Kritiker des Neoliberalismus erkennt nun Marbach eine derartige Zwangsläufigkeit nicht an. Aber er geht noch einen Schritt weiter, und darin liegt das Bemerkenswerte seines Buches. Für ihn ist der Interventionismus ein selbständiges drittes Wirtschaftssystem neben den beiden anderen. Es erhebt sich dabei sofort die Frage, ob die Mischung zweier Prinzipien selbst zum Prinzip werden kann. Logisch ist das natürlich nicht möglich. Genau so wenig, wie die Verbindung zweier chemischer Elemente ein neues Element ergibt. Es bleibt immer eine Verbindung.

Das logisch Richtige braucht aber durchaus nicht immer das in der Praxis Zweckmäßige zu sein. Von der Ansicht, daß Wirtschaftspolitik (hier wieder ganz allgemein verstanden) nur in Notzeiten und Krisensituationen erforderlich sei, ist man — auch im liberalen Lager — längst abgekommen. Das Motto „Vorbeugen ist besser als Heilen“ gewinnt heute in der Wirtschaftspolitik ein ständig steigendes Gewicht. Wirtschaftspolitik kann durchaus systematisch betrieben werden, ohne dabei von vornherein auf eines der beiden Systeme festgelegt zu sein. Ihre Maßnahmen können sich sehr wohl auf reine Zweckmäßigkeitserwägungen gründen und nicht nur auf ideologische Programme. Die Tendenzen

zu einer solchen systematischen Wirtschaftspolitik sind unverkennbar. Die wachsende Bedeutung der Wirtschaftswissenschaftler in der Politik wie auch die schlechten Erfahrungen mit der bisherigen Wirtschaftssystempolitik sprechen dafür, daß diese Tendenzen sich weiter verstärken werden. Das schließt nicht aus, daß es immer noch Staaten gibt, die die Wirtschaftssystempolitik der systematischen Wirtschaftspolitik vorziehen. Daß ihnen dabei die Realität das Gesetz des Handelns aufzwingt, ist nur zu verständlich; ihre Wirtschaftspolitik, vor allem wenn sie eine dogmatisch verengte Marktwirtschaft zum Ziel hat wie in der Bundesrepublik, muß notwendig unsystematisch sein, weil sie die Dinge treiben lassen muß; sie wird zum Spielball der Mächtigen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Wenn man wie Marbach eine systematisch betriebene Wirtschaftspolitik meint, ist der Begriff Interventionismus vielleicht nicht sehr zweckmäßig, zumal der Inhalt dieses Begriffes in der Literatur keineswegs einheitlich aufgefaßt wird. Die einzelnen Autoren verbinden damit unterschiedliche Vorstellungen. Die Hauptursache hierfür dürfte in der Entstehung des Interventionismus liegen. Nach jener verhältnismäßig kurzen Epoche des Wirtschaftsliberalismus, die wir gemeinhin als die Zeit des *Laisser-faire* bezeichnen und die sich ungefähr auf die Jahre 1830 bis 1880 festlegen läßt, begann die Zeit korrekativer Eingriffe in die freie Unternehmerwirtschaft. Diese Eingriffe erfolgten unsystematisch und fallweise und, was viel schlimmer war, fast immer von gruppenegoistischen Machteinflüssen inspiriert. Aus dieser Sicht muß der Interventionismus daher notwendig Stückwerk sein, auch wenn Zahl und Umfang der Eingriffe ständig zunahm. So konnte ein Planwirtschaftler schreiben: „Mit einem Wort, die halbe Maßnahme, die Interventionismus heißt, verdankt ihr Entstehen einer Gesellschaft, die echtes Planen nicht mehr entbehren und sich doch nicht dazu entschließen kann; einer Gesellschaft, die Flickwerk dem Wiederaufbau vorzieht und die zu gehemmt ist, um rechtzeitig ganze Arbeit zu tun“⁶⁾. Andere Planwirtschaftler, vor allem solche kommunistischer Herkunft, argumentieren verständlicherweise noch viel härter gegen den Interventionismus, da er nach ihrer Ansicht nur dazu geeignet ist, die zwangsläufige Entwicklung zu dem von ihnen gewünschten monistischen Wirtschaftssystem abzubremsen. Die Neuliberalen wiederum glauben, daß der Interventionismus, sofern er nicht-marktkonform ist, gerade mit großer Beschleunigung zu einer Zwangsordnung führt, und liegen daher mit ihm in einer nicht weniger erbitterten ideologischen Fehde, wobei die Unvereinbarkeitslehre ihre Hauptwaffe ist.

Gemeinsam ist allen neuliberalen Schriftstellern das Entweder—Oder. Der Interventionismus ist für sie nur ein Inbegriff für wirtschaftspolitische Methoden, die je nach ihrer Stärke dem einen oder dem anderen Wirtschaftssystem zugerechnet werden. Interventionismus als System ist nach ihrer Ansicht ein Unding. Eine dritte Auffassung sieht in ihm weder System noch Methode, sondern eine wirtschaftspolitische Epoche —• eben jene nach 1880. Diese Auffassung vertritt beispielsweise der Schweizer Nationalökonom W. A. Jöhr. Er unterscheidet sich damit von der neuliberalen nur insofern, als er an Stelle des sachlich-methodischen den historischen Raum des Interventionismus meint.

Marbach selbst entwickelt seine Definition in einer kritischen Auseinandersetzung mit den bisher herrschenden Begriffsbestimmungen von *Röpke* und *Küng*. Von einer Wiedergabe sei hier aus Platzgründen abgesehen. Es scheint uns auch, daß sich seine Definition viel zu wenig von der neuliberalen abhebt. Denn aus seinen Ausführungen wird sofort deutlich, daß er tatsächlich etwas ganz anderes meint. So sieht er beispielsweise die partielle Sozialisierung als

5) Albert Lauterbach, *Planung und Freiheit*, Wien 1950, S. 67, zitiert nach Marbach, a.a.O., S. 19.

organisches Glied des Interventionismus und die den Neuliberalen so verhaßte Beschäftigungspolitik ebenfalls. Wie sehr er sich von diesen unterscheidet, beweist aber wohl am besten seine Frage, ob nicht die Wirtschaftspolitik der englischen Labour-Regierung nur ein außerordentlich weitgetriebener Interventionismus sei⁶⁾.

Die Diskussion über den Interventionismus, die durch die dogmatische Erstarrung des neuliberalen Lagers so unfruchtbar geworden war, wird zweifellos durch Marbachs Werk wieder einen kräftigen Auftrieb erfahren, zumal er sichtlich keine Freude am Systematisieren hatte, dies vielmehr seinen sicherlich zahlreichen Nachfolgern überließ. So ist seine Schrift auch weder ein Lehrbuch noch eine „Theorie des Interventionismus“ geworden, sondern „eine zwanglose Folge von wirtschaftlichen und soziologischen Betrachtungen über den Interventionismus als Wirtschaftssystem und über gewisse Begleiterscheinungen staatlicher Interventionsakte“ (S. 12). Immer wieder stellt er Modellordnung und Wirklichkeit gegenüber und folgert daraus den Zwang zum Kompromiß. Was er über Sinn und Grenzen modelltheoretischer Aussagen schreibt, kann dem Dogmatiker nicht eindringlich genug ins Stammbuch geschrieben werden.

Einen sehr breiten Raum widmet Marbach dann im weiteren dem Problem der Antimonopolpolitik. Man spürt es förmlich aus seinen geistreichen und fast leidenschaftlichen Erörterungen, daß er hierin eines seiner wesentlichen Anliegen sieht. Auch dabei unterscheidet er sich wohlthuend von manchen neuliberalen Theoretikern, die der Illusion des freien Wettbewerbs allzu, sehr verfallen sind und nun den Teufel Monopol mit dem Beelzebub Kartellverbot, überdimensionalem Monopolkontrollamt usw. austreiben möchten. Marbach bekennt sich ausdrücklich zum Kompromiß und tritt für eine Mißbrauchsgesetzgebung und gegen eine Verbotsgesetzgebung ein, für eine privatrechtliche Regelung mit verstärktem Rechtsschutz der Außenseiter und gegen eine öffentlich-rechtliche Lösung mit ihrer fragwürdigen Konstruktion strafrechtlicher Tatbestände. Außerordentlich instruktiv sind seine Vergleiche zwischen der diesbezüglichen deutschen und schweizerischen Situation. „Nach unseren Begriffen schießen die deutschen neoliberalistischen Vorbereiter des Monopolgesetzes mit Kanonen nach Spatzen“, schreibt er einmal (S. 127). Mit deutscher Gründlichkeit gehe man heute an die Organisation der Freiheit, während sich die Schweiz der Relativität der Freiheit stets bewußt gewesen sei, was ihr nicht zuletzt auch soziale Erschütterungen erspart habe. So kennzeichnete er treffend die Unterschiede zwischen beiden Ländern im Schlußwort zu seinem kürzlich auf der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft gehaltenen Referat⁷⁾.

6) Vgl. Marbach, a.a.O., S. 38. — An einer anderen Stelle bringt er folgende treffende Charakterisierung seiner Auffassung: „Der . . . Interventionismus ist kein monistisches System. Er trägt, wie jeder Kompromiß, zwei Seelen in seiner Brust und huldigt zwei ungleichen Göttern. Er ist die Kombination zweier entgegengesetzter Systeme und daher doppelgesichtig. Er ist sich selber und doch nie ganz sich selber . . . Er ist Vergangenheit und Zukunft, integriert in der Gegenwart, Individualismus und Kollektivismus in einem. Kurz und gut: Der Interventionismus ist ein Schreckbild für den unerbittlichen Systematiker und Doktrinär, denn in ihm kombinieren sich zwei in ihrer Folgerichtigkeit für sich allein nicht zu überbietende Systeme der Wirtschaftsorganisation und der gesellschaftlichen Anschauung zu einem im Grunde theoriwidrigen Wechselbalg . . . Der das Gleichgewicht an Hand vorgängiger theoretischer Überlegung experimentell erstrebende interventionistische Staat (er muß aber als Experimentator humanerweise nach dem weisen Maß streben) wird zur einzig vernünftigen Fahrinne zwischen der liberalistischen Skylla und der integral-kollektivistischen Charvdis, ob es einer rein abstrakten Theorie so passe oder nicht. Der Interventionismus vernünftigen Ausmaßes, der sich, weil er maßvoll ist, der privaten Lösung nur dort, wo diese von vornherein außer Betracht fällt oder wo sie nur untauglicher Versuch bleibt, substituiert, wird zum einzig möglichen Modus vivendi der heutigen Welt. Er ist uns vom Leben selber aufgezwungen, und wir haben uns mit ihm auseinanderzusetzen (a.a.O., S. 42—44).

7) Vgl. hierzu Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 151 vom 4. Juni 1951. — Auf dieser Versammlung legte zuerst Prof. Böhm, der bekannte Wirtschaftsrechtler der neuliberalen Eucken-Schule, seine Thesen über das Monopolproblem dar. Sie wurden dann in einem Korreferat von Marbach einer glänzenden Kritik unterzogen.

Nach seiner ausführlichen Analyse der Monopolfrage und der Probleme der Antimonopolpolitik beschäftigt sich Marbach eingehend mit den Grenzen des Interventionismus. Gerade weil er der dualistischen Wirtschaftsordnung des modernen Staates entspricht, liegen seine Gefahren dort, wo eine seiner beiden polaren Kräfte sich auf Kosten der anderen durchsetzt, wo es also nicht zu einer sinnvollen Mischung kommt. Sei es nun, daß die Frage der Intervention (oder Nichtintervention) in den Widerstreit der Ideologien und Programme hineingezogen wird, oder sei es, daß sie aus einer abgewogenen und objektiven Zweck-Mittel-Beurteilung in das Fahrwasser des Gruppenegoismus gerät. Alles kommt auf das richtige Maß an, wie überhaupt der Begriff der maßvollen Wirtschaftspolitik vielleicht den Mittelpunkt des ganzen Buches darstellt.

Das Kriterium für das Maß sieht Marbach in der „Interventionsmarge“. Er schreibt dazu: „Die »Interventionsmarge« ist somit begrenzt von der minimalen, aber eben gerade noch existierenden Einmischung des Staates einerseits und der höchstmöglich intensiven, aber sich noch nicht in Vollplanung überschlagenden Einmischung des Staates andererseits. Irgendwo auf dieser intermarginalen Linie muß sich der »Ort« befinden, da die Intervention das größtmögliche Wirtschaftsprodukt ohne übergebührliche Beanspruchung der menschlichen Arbeitskraft sicherstellt. Aber diese »efficiency« ist eben nur der eine Zweck der Wirtschaftspolitik. Der andere Hauptzweck ist die gerechte Verteilung des Sozialprodukts unter die Glieder der Gesellschaft“ (S. 153). Es braucht nach dem bisher Gesagten nicht noch besonders betont werden, daß seine Ausführungen über die produktions- und verteilungspolitischen Interventionen ebenfalls sehr wesentliche und interessante Gesichtspunkte bringen. Intervention um eines Dogmas willen ist für ihn Unfug. Der Maximierung des Sozialprodukts, wie sie die Neuliberalen durch die Nichtintervention glauben erreichen zu können, stellt er die Optimierung gegenüber, dem Modelldenken die soziologische Wirklichkeit⁸⁾. Aus allen diesen Überlegungen ergibt sich schließlich auch, daß Marbach dem Röpkeschen Begriff der Marktkonformität keinen sonderlich großen Wert beimißt, da er der Vielfalt des Wirtschaftslebens nicht gerecht werden kann. Die Fragen nach der Übersichtlichkeit wirtschaftspolitischer Eingriffe, nach dem Grad der Marktstörung und nach der Tangierung oder Nichttangierung von Persönlichkeitsrechten scheinen ihm zweckmäßigere Kriterien, ohne daß er dabei die grundsätzliche Unzulänglichkeit jeder Katalogisierung verkennt (S. 29). An einer Reihe von Beispielen zeigt er, wie marktkonforme Eingriffe im Röpkeschen Sinne in ihren letzten Auswirkungen häufig einen ausgesprochen nichtkonformen Charakter annehmen.

Die neuliberale Kritik an Marbach wird mit ziemlicher Sicherheit an den Grenzen des Interventionismus einsetzen, um so seine — unserer Meinung nach — im Kern wohl nur schwer angreifbare weil auf der Realität fußende Position von den Seiten her aufzurollen. Gewiß wird sich dabei über manche Worte und Ansichten trefflich streiten lassen, über allen Ansatzpunkten zu berechtigter und unberechtigter Kritik sollte man aber niemals Marbachs ethische Fundierung übersehen, auf der sein ganzes Werk ruht. Wie *Heimann* ist auch Marbach der Ansicht, daß das politische und gesellschaftliche Leben unseres Jahrhunderts letztlich nur möglich war, weil es noch von ethisch-religiösen Re-

8) „Das alles mögen dem nationalökonomischen Theoretiker widerliche Feststellungen sein. Aber so wie der Mensch nicht vom Brot allein lebt, so lebt die Gesellschaft nicht allein nach dem Erkenntnissen rein nationalökonomisch-modellmäßigen Denkens. Es ist durchaus möglich, das möchten wir als Erkenntnis aus den eben angestellten Überlegungen herauschälen, daß die soziale Befriedigung von einer marktspielfremden, künstlichen Andersiegun von Einkommensströmen abhängt, wobei dann die marktspielfremden Zuteilungen letzten Endes der ‚idealen Maximierung‘ bzw. unserer Terminologie gemäß der ‚Optimierung‘ des Wirtschaftsprodukts praktisch, doch einen Dienst erweisen“ (S. 170).

serven zehren konnte. Liberalismus, Materialismus, Atheismus und wie die sonstigen -ismen alle heißen, hätten sich längst in noch viel stärkerem Maße in einem totalitären Kollektivismus überschlagen, wenn es nicht in breiten Schichten immer noch starke, bewußte und unbewußte, religiöse Bindungen gegeben hätte. Aber alle -ismen unserer Zeit sind starke Moralzeherer, sie leben gleichsam von der ethischen Substanz, die uns die vergangenen Jahrhunderte hinterlassen haben.

Hierin liegt nun für Marbach das eigentliche Problem des Interventionismus. Wie allerdings das Gesellschaftsleben wieder mit Moral oder besser: mit Ethik, angereichert werden soll, dafür hat Marbach keine Patentlösung bereit, denn er weiß wohl darum, daß hier das Gebiet der Wissenschaft verlassen wird. Als Wissenschaftler kann er dieses Problem nur skizzieren, aber nicht lösen.

Vielleicht darf man in der Entwicklung des Sozialismus in Deutschland nach 1945 einen Fingerzeig sehen, in welcher Richtung solche Lösungsmöglichkeiten liegen. Der religiös fundierte freiheitliche Sozialismus, der bereits Ende der zwanziger Jahre einsetzte und von dem Kreis um *Heimann* und *Tillich* wesentliche Blickpunkte empfangt, hat heute — jedenfalls in Westdeutschland — eine innere Stärke und äußere Resonanz, denen gegenüber die Stimmen materialistischer Vertreter kaum mehr zu hören sind. Weite Kreise fassen heute die Verbindung von Sozialismus und Christentum nicht mehr nur als eine unter anderen Möglichkeiten auf, sondern geradezu als *die* Notwendigkeit. Wir dürften in der Annahme kaum fehlgehen, daß auch Marbach diese Lösung anerkennen wird. Seine Auffassung vom Interventionismus deckt sich im Grunde mit dem freiheitlichen Sozialismus deutscher Prägung, der in seinen wirtschaftspolitischen Zielen und Methoden weitgehend vom angelsächsischen Konkurrenzsozialismus beeinflusst ist (also die Marktwirtschaft, wo immer sie das bessere, gesellschaftliche Organisationsprinzip ist, vollauf bejaht) und der sich in seinen tieferen geistigen Bereichen als religiöser Sozialismus begreift.

Fassen wir das Ergebnis unseres Besprechungsaufsatzes noch einmal kurz zusammen. Marbachs neues Buch „Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention“ darf mit Recht als ein bedeutendes literarisches Ereignis gewertet werden. Auf jener Gratwanderung zwischen den dogmatischen Illusionen allzu wirklichkeitsfremder Wettbewerbsfanatiker und den verhängnisvollen Ambitionen mancher nicht weniger realitätsblinder Planungsgläubigen wird es uns manches zu sagen haben und den Ausgangspunkt für fruchtbare Diskussionen abgeben. Man kann dem Werk daher nur eine möglichst weite Verbreitung wünschen. Es sollte nicht nur in wissenschaftlichen Kreisen, sondern von allen wirtschaftspolitisch Interessierten gelesen werden. Und ganz besonders von den wirtschaftspolitischen Praktikern aller dogmatisch gebundenen Schattierungen. Denn der Weg von der ideologisch-programmatischen Wirtschaftssystempolitik zu einer systematischen Wirtschaftspolitik sollte je eher je besser eingeschlagen werden. Nicht zuletzt gilt dies für Westdeutschland, das die Folgen des wirtschaftspolitischen Dogmatismus heute so schmerzlich am eigenen Leibe erfährt.

FRITZ MARBACH:

Die durch die Praxis des sozialen Lebens von jeher widerlegte Auffassung, daß Freiheit und Organisation bzw. Zwang unvereinbare Größen seien, beruht auf dem nur propagandistisch erklärbaren Irrtum, daß Freiheit und Organisation unteilbare Größen seien. In Wirklichkeit stellt sich jedoch immer nur die Frage, von wo an die Freiheit einzuschränken und bis wohin die Organisation auszudehnen sei.